



Die rot-rot-grüne Koalition setzt auf Investitionen und tilgt alte Schulden

Das erste Quartal 2017 liegt schon länger hinter uns und somit liegt auch der vorläufige Jahresabschluss 2016 auf dem Tisch: Der Landeshaushalt schließt mit voraussichtlich 582 Millionen Euro Überschuss ab: Das beste je erzielte Ergebnis in Thüringen. Es dient in den nächsten Jahren zur Finanzierung wichtiger Zukunftsprojekte.

Zunächst werden alte aus CDU-Regierungszeiten angehäufte Schulden getilgt, in Höhe von 166 Millionen Euro. Es geht uns darum, dass die Pro-Kopf-Verschuldung trotz zurückgehender Bevölkerungszahl nicht weiter ansteigt. Hintergrund ist auch, dass gerade in den durch die CDU-verantworteten Sondervermögen, die eigentlich „Sonderschuldenvermögen“ heißen müssten, die Schulden in den nächsten Jahren angestiegen wären. Hier steuert Rot-Rot-Grün gegen. Somit verbleiben aus dem vorjährigen Überschuss 416 Millionen Euro. Dieses Geld wird der Rücklage zugeführt und im Doppelhaushalt 2018/2019 eingesetzt.

Politisch Umsteuern durch starke Zukunftsinvestitionen

Rot-Rot-Grün hatte in der März-Sitzung des Thüringer Landtags einen Gesetzentwurf für zusätzliche kommunale Investitionen in Höhe von 100 Millionen Euro eingebracht. Dabei geht es uns vor allem um Investitionen in die Zukunft. Diese Mittel sollen ab diesem Jahr und bei Nicht-

abfluss auch in den nächsten beiden Jahren zur Verfügung stehen und vor allem von finanzschwachen Thüringer Städten und Gemeinden genutzt werden können. Das ist uns besonders wichtig.

Dabei haben wir uns für eine gezielte Förderung konkreter Bereiche und Projekte entschieden: Die Mittel dienen kommunalen Investitionen in

Brandschutz, Breitbandausbau, die Abwasserbehandlung und Gewässerunterhaltung.

Ein weiterer Schwerpunkt sind die Schulen im Land

Weiterhin stehen Investitionen in Kindertagesstätten, Krankenhäuser, Sportstätten und Schwimmbäder auf der Agenda. Außerdem werden die Gelder zur Verfügung gestellt für den Radwegebau, den Kulturbau und die Denkmalpflege sowie für Maßnahmen zur Barrierefreiheit in Kommunen. Zusätzliche eine Million Euro gibt es zur Unterstützung von Tierheimen. Einen wichtigen Punkt bilden die Schulen: Von diesem Jahr an und noch bis zum Jahr 2021 wird der

Bund Mittel für Schulinvestitionen zur Verfügung stellen. Thüringen wird daraus über 71 Millionen Euro erhalten.

Die Vorzeichen ändern sich

Zusätzlich zu eigenen Schulbauinvestitionen wird der Freistaat den kommunalen Eigenanteil im 100-Millionen-Euro-Programm mit übernehmen. Alles in allem werden wir mit 250 Millionen Euro den Investitionsstau an den Thüringer Schulen, der sich in den vergangenen Jahren aufgebaut hat, mehr als halbieren können.

Die Vorzeichen früherer Landeshaushalte waren klar negativ: Überall wurde gekürzt, sollten Stellen massiv abgebaut werden und wurden Investitionen nicht getätigt. Die Vorzeichen ändern sich nun. Dies ermöglicht unter anderem eine nun schon mehrere Jahre starke konjunkturelle Entwicklung in Deutschland mit starken Steuereinnahmen auf allen staatlichen Ebenen.

Finanzstark auch nach 2020

Deshalb stellt sich die Frage, für welche Projekte und Vorhaben die vorhandenen Finanzmittel im kommenden Doppelhaushalt des Landes schwerpunktmäßig eingesetzt wer-

den sollen. Dies zu bedenken, ist auch deshalb so wichtig, weil nach 2020 die neuen Bundesländer finanziell genauso behandelt werden wie die alten Bundesländer.

Daher muss bei jeder Entscheidung, die wir heute treffen, die Finanzkraft des Landes nach 2020 mit betrachtet werden. Rot-Rot-Grün setzt also in den Jahren 2018/19 einen Schwerpunkt auf die Investitionen und legt ein zusätzliches Investitionsprogramm in Höhe von 250 Millionen Euro auf. Diese Maßnahmen werden eine Säule der weiteren Modernisierung Thüringens bilden und helfen, das Land und seine Kommunen zukunftsfester zu machen.

In Bildung, Soziales sowie die kulturelle und technische Infrastruktur

Haushalts- und finanzpolitisch sind die Voraussetzungen für ein gutes Jahr 2017 bestens, so dass bis zum Abschluss der Legislaturperiode 2019 ein Landeshaushalt ohne neue Schulden, mit verantwortungsvoller Tilgung alter Schulden, mit starken Investitionen in Bildung und die soziale, kulturelle und technische Infrastruktur möglich sein wird und die Menschen wie beim gebührenfreien Kita-Jahr ab 1. Januar 2018 direkt von den Erträgen solider Haushaltspolitik und politischer Prioritätensetzung profitieren können.

Mike Huster, stellvertretender Vorsitzender der Linksfraktion und finanzpolitischer Sprecher



Neues Thüringer Hochschulgesetz

„Thüringen bekommt ein Hochschulgesetz, das hinsichtlich der demokratischen Beteiligung eine Vorreiterrolle in der deutschen Hochschullandschaft einnimmt“, so Christian Schaft, hochschulpolitischer Sprecher der Linksfraktion. Der Gesetzentwurf sieht vor, dass alle an den Hochschulen vertretenen Gruppen im Regelfall über gleiche Stimmrechte verfügen.

„Unser Anliegen als LINKE ist es, dass der Spielraum für tatsächlich paritätisch getroffene Entscheidungen möglichst groß sein soll. Gleichberechtigte Diskussionsprozesse bieten die beste Gewähr für eine erfolgreiche Entwicklung der Hochschulen gemeinsam mit allen Statusgruppen.“ Der Hochschulpolitiker begrüßt

auch die Umsetzung weiterer langjähriger Forderungen, wie etwa verpflichtender Qualifizierungsvereinbarungen bei Promotionen sowie die geplante Vorgabe, dass sich alle Hochschulen künftig Zivildienstleistungen leisten müssen.

„Gute Arbeit in der Wissenschaft muss ein weiterer Markenkern des neuen Hochschulgesetzes werden, hier erhoffe ich mir weitere Impulse im Rahmen des parlamentarischen Verfahrens. Auch bei der Frage der Entgelte und Gebühren sehe ich noch deutliche Spielräume, um Belastungen für Studierende zu reduzieren“, beschreibt Christian Schaft noch offene Fragestellungen, die er u.a. im Rahmen der Anhörung im Landtagsausschuss thematisieren will. ■



Guernica: „Wir gedenken und erinnern an das Verbrechen“

Vor 80 Jahren bombardierte die deutsche Legion Condor die baskische Stadt Gernika (so damals der offizielle Name des Ortes, der unter der spanischen Bezeichnung „Guernica“ traurige Berühmtheit erlangte). „Wir gedenken und erinnern an das Verbrechen“ - die Abgeordneten und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der LINKEN im Landtag nach ihrer Fraktionssitzung am 26. April. ■

Aktionsplan zur Armutsprävention und Armutsbekämpfung für Thüringen

Die erste eigenständige Regierungserklärung zum Thema „Armut bekämpfen - Armutsprävention stärken“, dazu hatten die Koalitionsfraktionen auch einen Antrag vorgelegt, stand im Mittelpunkt der Landtagssitzung am 4. Mai. „Keine Landesregierung zuvor hat dies getan“, betonte die Sozialpolitikerin der Linksfraktion, Karola Stange, in ihrer Rede.

Sozialministerin Heike Werner (LINKE) hatte auf die bedrückenden Fakten verwiesen: Mehr als 350.000 Menschen in Thüringen leben an oder

unterhalb der Armutsgrenze. Fast 50.000 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren leben in Bedarfsgemeinschaften des SGB II, das sind mehr als 15 Prozent aller. Regional ist die Situation sehr unterschiedlich: Am höchsten ist der Anteil in Gera mit ca. 26 Prozent der unter 18-jährigen, am niedrigsten in den Landkreisen Eichsfeld und Hildburghausen mit unter neun Prozent der unter 18-jährigen.

Mit Blick auf den Armuts- und Reichtumsbericht „Lebenslagen in Deutschland“ forderte Karola Stange eine Aufarbeitung der Ergebnisse „so konkret wie möglich auf die Situation

in Thüringen bezogen“. Verbunden mit den Inhalten der Regierungserklärung wird es eine ausführliche Anhörung im Sozial-, im Bildungs- und im Gleichstellungsausschuss des Landtags geben. Die LINKE-Abgeordnete weiter: „Dies sollte mit dem Ziel geschehen, die Umsetzung des Forderungskataloges des Koalitionsantrages voran zu treiben und einen Aktionsplan Armutsprävention und Armutsbekämpfung für Thüringen zu erarbeiten und umzusetzen. Mit einer solchen Forderung ist die Thüringer LINKE nicht allein. Denn mit Blick auf den Beschluss des Armuts- und

Reichtumsberichts forderte der Bundesverband der Parität in einer Pressemitteilung ein ‘steuer- und sozialpolitisches Gesamtkonzept’.“

Die Kinder- und Jugendpolitikerin der Linksfraktion, Kati Engel, nannte das Bildungs- und Teilhabepaket, das zur Förderung von Kindern aus Hartz-IV-Familien aufgelegt wurde, ein „bürokratisches Monstrum“. Und es sei „höchst fahrlässig“, dass Kindergeld und Unterhaltsvorschuss auf die Hartz-IV-Leistungen angerechnet werden. Die LINKE setze sich für eine „eigene Kindergrundsicherung für alle“.



Unterstützung für das außerparlamentarische Bündnis

Großen Zuspruch fand das auf Einladung der Linksfraktion und ihrer Fraktionsvorsitzenden Susanne Hennig-Wellsow erfolgte Treffen des außerparlamentarischen Bündnisses für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Thüringen. „Wir sind uns mit dem Bündnis einig, dass noch in diesem Jahr das Thüringer Gesetz zur Gleichstellung und Verbesserung der Integration von Menschen mit Behinderungen auf den Weg gebracht werden muss“, unterstrich Karola Stange, Gleichstellungspolitikerin der Thüringer Linksfraktion. Die Abgeordnete sicherte den Vereinen und Verbänden auch Unterstützung bei der notwendigen intensiveren Vernetzung und Koordination zu.

Zwei Seiten der gleichen Medaille

61 Prozent der Thüringerinnen und Thüringer, also fast zwei Drittel, waren im vergangenen Jahr der Ansicht, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt in Deutschland gefährdet ist. Denjenigen Menschen in unserem Land, die den Verlust sozialer Grundgewissheiten befürchten, das Vertrauen in den sozialen Zusammenhalt zurückzugeben, ist das Ziel dieser Landesregierung und meine Aufgabe als Arbeits- und Sozialministerin.

Wichtige Entscheidungen werden auf Bundesebene getroffen. Diese Landesregierung nimmt über den Bundesrat aktiv Einfluss auf die Sozial- und Rentengesetzgebung des Bundes. Nicht immer sind wir so erfolgreich, wie wir es uns wünschen. Deshalb ist es keineswegs belanglos, wie die künftige Bundesregierung zusammengesetzt ist. Ich wünsche mir eine politische Mehrheit im Deutschen Bundestag und eine Bundesregierung, bei der viele unserer Ände-

rungsanträge, die wir heute im Bundesrat stellen müssen, deshalb entfallen, weil die Gesetzesvorhaben bereits den politischen Zielen unserer Koalition und Landesregierung entsprechen.

Es ist eine Frage der Ehrlichkeit und politische Notwendigkeit, die ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen in unserem Land anzusprechen, gerade weil es ehrlich und notwendig ist, Armut nicht zu verschweigen. Beides sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Die zum Teil skandalöse Ungleichheit bei der Verteilung von Einkommen und Vermögen geht über die Frage sozialer Gerechtigkeit weit hinaus und berührt die Funktionsweise unserer Demokratie.

Aus der Regierungserklärung der Thüringer Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie, Heike Werner (DIE LINKE), zur Landtagssitzung am 4. Mai

FRAKTION IN AKTION

Thüringer Transparenzgesetz auf dem Weg

Die Linksfraktion im Landtag unterstützt die Forderung des Informationsfreiheitsbeauftragten, das Informationsfreiheitsgesetz zu einem echten Transparenzgesetz für Thüringen fortzuentwickeln. „Transparenz staatlicher Behörden ist eine der Voraussetzungen, demokratisches Engagement und politische Teilhabe zu stärken“, sagte MdL Steffen Dittes. Dazu soll noch vor der Sommerpause ein erster Vorschlag der Landesregierung vorgelegt werden, damit dieser gemeinsam von Abgeordneten, interessierten Bürgerinnen und Bürgern sowie Experten diskutiert werden kann. Rot-Rot-Grün hat die Landesregierung beauftragt, sich bei der Entwicklung auch an den Transparenzgesetzen von Hamburg und Rheinland-Pfalz sowie am Vorschlag des Thüringer Informationsfreiheitsbeauftrag-

ten zu orientieren. Der gerade von ihm vorgelegte Tätigkeitsbericht verdeutlicht, warum die bisherige Rechtslage nicht ausreichend ist und Thüringen eine moderne Verwaltung braucht, die Informationen kostenlos, mit deutlich weniger Ausnahmen und proaktiv über ein Transparenzregister zur Verfügung stellt. „Thüringen soll auf dem Gebiet der Informationsfreiheit in der obersten Liga mitspielen“, betonte Steffen Dittes und erinnerte daran, dass der Freistaat beim bundesweiten Ranking mit Baden-Württemberg und dem Saarland auf dem letzten Platz sämtlicher Länder mit gesetzlichen Regelungen zur Informationsfreiheit gelandet ist. Der Abgeordnete bekräftigte den erforderlichen Paradigmenwechsel hin zu einer Kultur der Offenheit und Partizipation.



Im Rahmen ihrer Veranstaltungsreihe „Fraktion vor Ort“ lädt die Linksfraktion regelmäßig zum Bürgerdialog ein. Vor dem Hintergrund der Halbzeit-Bilanz von Rot-Rot-Grün in Thüringen sowie mit Blick auf die aktuellen und künftigen Aufgaben stehen dabei solche Themen, wie Bildung, Sicherheit, Energie und Gebietsreform im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. „Wir nehmen die Anregungen, Fragen und Meinungen der Bürgerinnen und Bürger auf, diskutieren sie und gehen die Probleme schnellstmöglich an“, betonte die Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Susanne Hennig-Wellsow.

Zukunftsfähige Lehrerausbildung

Inklusion, digitale Medien, Demokratiebildung und Diversität sind nur einige Schlagworte, die andeuten, dass die Ansprüche an Lehrerinnen und Lehrer und die zu bewältigenden Aufgaben gewachsen sind. Gebraucht wird eine Ausbildung, die dem gerecht wird, die zukunftsfähig ist.

Was sich ändern muss, haben die Abgeordneten der Linksfraction, Torsten Wolf, bildungspolitischer Sprecher, und Christian Schaft, wissenschafts- und hochschulpolitischer Sprecher, sowie Bildungsstaatssekretärin Gabi Ohler mit Vertretern aus Schulen, dem Institut für Lehrerfortbildung und Medien, von Schülern und Studienseminaren sowie mit Lehramtsstudierenden auf einer Fachtagung im Landtag beraten.

Angesprochen wurde die Frage, wie der Lehrerberuf attraktiver gestaltet werden kann. Leider fällt die Problematik der Qualität der Ausbildung allzu oft hinten runter. Barbara Wrede, Schulleiterin der Lobdeburg Schule in Jena, plädierte nicht für einen Wandel des Berufsbildes, sondern der Schulpolitik. Die Herausforderungen müssen durch die politischen Akteure aufgegriffen werden. Um Lehrern Zeit und Raum für die Arbeit mit den Schülern zu geben, sei eine Reduzierung der Dokumentations- und Verwaltungsaufgaben dringend geboten. Dann könnten die Pädagogen auch ihre Ideen für eine moderne und individuelle Schulstundengestaltung besser umsetzen.

Dr. Ilka Hoffmann vom GEW-Bundesvorstand stellte die Ergebnisse des Zukunftsforums Lehrerbildung vor. Notwendig seien u.a. ein phasenübergreifendes Spiralcurriculum verbunden mit einem lebenslangen Professionalisierungsprozess für Lehrkräfte, die bessere Vermittlung von Kenntnissen für die Umsetzung inklusiven Unterrichts, eine inklusionsorientierte Lehrerbildung und Kooperation mit multiprofessionellen Teams, eine bessere Verflechtung von Theorie und Praxis sowie stabile Beschäftigungsbedingungen und verlässliche Karrierewege.

Einen Einblick in die Problemlagen der Lehramtsausbildung an den Universitäten vermittelten die Vertreter des Referates Lehramt des Studierendenrates der Schiller-Universität Jena. Die 2014 eingeführte Fachkombinationsvorschrift habe ihr Ziel verfehlt, da in den Mangelfächern vor allem im MINT-Bereich (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften,

denn die Lehramtsanwärter, so auch das Ergebnis einer Studie aus dem Jahr 2014, gingen meist mit viel Idealismus und Enthusiasmus an die Sache, würden dann aber in kurzer Zeit durch den Leistungs- und Zeitdruck nicht selten demotiviert. Zudem sei es ein großes Problem, dass die Referendare als billige Lehrkräfte eingesetzt werden.



(v.l.): Jana Bonn von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Thüringen, Dr. Ilka Hoffmann vom Hauptvorstand der GEW sowie die Abgeordneten der Linksfraction Christian Schaft und Torsten Wolf.

Technik) und dem Regelschullehramt die Zahlen der Immatrikulierten weiter stagnieren. Es bedürfe einer gezielteren Beratung vor Antritt des Studiums, mehr Mitbestimmung der Lehramtsstudierenden und einer besseren Ausgestaltung der Studieninhalte. Mit Blick auf die didaktischen Kompetenzen bestehe erheblicher Nachholbedarf. Schließlich warf Jana Bonn von der Thüringer GEW noch einen Blick auf die zweite Phase der Lehramtsausbildung, also das Referendariat. Hier werde viel verschenkt,

Intensiv wurde in den Workshops diskutiert. Deutlich wurde, dass u.a. das Thüringer Lehrerbildungsgesetz dringend reformiert werden muss, um mehr Flexibilität zur Kompetenzentwicklung in allen Phasen der Lehrerbildung zu ermöglichen. Auch die Vorteile einer schulstufenbezogenen Lehramtsausbildung wurden diskutiert ebenso wie Möglichkeiten für einen leichteren Zugang für Seiten- und Quereinsteiger.

Ergebnisdokumentation:
www.die-linke-thl.de

KURZ UND PRÄGNANT

Bleiberecht:

Der Thüringer Landtag hat am 5. Mai einen Antrag von Rot-Rot-Grün beschlossen, in dem sich die Abgeordneten für ein humanitäres Bleiberecht für Opfer rassistischer und rechtsextremer Gewalt aussprechen. Die Landesregierung soll einen Erlass zu erarbeiten, um die gesetzlichen Ermessensspielräume für ein Bleiberecht landesweit einheitlich zu nutzen. Die Initiative ist eine Reaktion auf den massiven Anstieg rechtsextrem und rassistisch motivierter Gewalttaten in den vergangenen Jahren.

Waldwildnis:

Die öffentlichen Anhörungen am 11. Mai im Landtag zum Thema „Waldwildnis“ haben deutlich gemacht, „dass die Problematik immer im Ganzen gesehen werden muss“, so Anja Müller, Sprecherin für Petitionen und Bürgeranliegen der Linksfraction. „Beide im Koalitionsvertrag vereinbarten Ziele, mindestens fünf Prozent des Waldes in Thüringen dauerhaft der forstwirtschaftlichen Nutzung zu entziehen und Thüringen-Forst als Anstalt öffentlichen Rechts begleitend weiterzuentwickeln, werden wir weiterhin verfolgen.“

Gemeinwohlökonomie:

Zu einer öffentlichen Veranstaltung zum Thema „Gemeinwohlökonomie – Baustein des sozial-ökologischen Wandels oder grüner Kapitalismus?“ lädt die Fraktion DIE LINKE am Montag, den 12. Juni, in der Zeit von 10 bis 13 Uhr in den Thüringer Landtag, Käthe-Duncker-Saal (F 201), ein.

www.die-linke-thl.de/presse/pressemitteilungen/

NACHRICHTEN

Spenden aus Diäten

Die Sömmerdaer Kreisverkehrswacht schult im Jahr 5.000 Verkehrsteilnehmer. Diese Arbeit wird vom Verein ehrenamtlich geleistet. Rainer Kräuter, LINKE-Wahlkreisabgeordneter, übergab kürzlich einen Spendenscheck der Alternative 54 e.V. an die Vereinsvorsitzende Evelyn Dahlke und sagte, „als erfahrener Polizist weiß ich um die Bedeutung dieser wichtigen präventiven Arbeit“. Zugleich sicherte er ihr zu, sich im Landtag für eine bessere Unterstützung von Verkehrsteilnehmerschulungen einzusetzen.

Aus Protest gegen die automatische Diätenerhöhung nach Artikel 54 der Landesverfassung – eine Klage der Fraktion vor dem Verfassungsgericht war leider nicht erfolgreich – haben 1995 die Landtagsabgeordneten der PDS (heute DIE LINKE) den Verein Al-



ternative 54 Erfurt e.V. gegründet, der Gelder aus den Diäten-Erhöhungen als Spenden gemeinnützigen Vereinen, Initiativen und Projekten zukommen lässt. Seither insgesamt 1.172.051 Euro. In diesem Jahr wurden bisher (Stand 30.4.) 41 Zuwendungen mit einem Gesamtwertumfang von 15.302 Euro ausgereicht.

Rehabilitierung

Mit überwältigender Mehrheit, nur gegen die Stimmen der AfD, hat der Thüringer Landtag am 5. Mai dem Antrag von Rot-Rot-Grün zur umfassenden Rehabilitierung nach 1945 verurteilter homosexueller Menschen zugestimmt. Der im Bundeskabinett beschlossene Gesetzentwurf sieht die Aufhebung der Verurteilungen und eine pauschale Entschädigungsleistung vor. Der Landtag unterstützt das Gesetzesvorhaben und bittet die Betroffenen für das erlittene Unrecht um Entschuldigung. Es wird höchste Zeit, die Menschen zu rehabilitieren und zu versuchen, einen Beitrag zur Wiedergutmachung des erlittenen Unrechts zu leisten. Mit Blick auf das hohe Alter der Betroffenen ist es unerlässlich, den Gesetzentwurf zügig zu verabschieden.

TERMINE

Landtagssitzungen:

Die letzten Landtagssitzungen vor der parlamentarischen Sommerpause finden statt in der Zeit vom 31. Mai bis 2. Juni sowie vom 21. bis 23. Juni.

Bei Interesse an Teilnahme an einer der Sitzungen bitte rechtzeitig in der Geschäftsstelle der Linksfraction melden (Tel. 0361 3772295).

Tag der offenen Tür:

Zu seinem Tag der offenen Tür lädt der Thüringer Landtag am Sonnabend, den 17. Juni, 10 bis 17 Uhr, nach Erfurt ein.

Immer auf dem Laufenden im Internet unter:

www.die-linke-thl.de

Es geht nicht nur um das Aufstellen von Kandidaten

Die seit Jahren erfolgreiche Veranstaltungsreihe der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Zusammenarbeit mit dem Bündnis für „Mehr Demokratie in Thüringen“ wird mit einer Fachtagung zum Thema „Mehr Demokratie beim Wählen“ am 8. Juni im Landtag fortgesetzt. Alle interessierten Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen.

Wahlen sind das zentrale Element unserer repräsentativen Demokratie. Das Volk, von dem alle Staatsgewalt ausgehen soll, wählt aus seiner Mitte Abgeordnete seines Vertrauens. Ihnen wird das Mandat übertragen, für das Volk und in seinem Interesse zu handeln. Die nächste Landtagswahl wird 2019 sein. Auf dem Weg dorthin kann es nicht nur darum gehen, Kandidatinnen und Kandidaten aufzustellen. Die Koalition hat sich auch vorgenommen, zu fragen, wie das Wahlrecht ausgebaut, wie der Einfluss der Bürgerinnen und Bürger erweitert und gestärkt werden kann.

Hier gibt es eine Menge Vorschläge, nicht zuletzt die von Mehr Demokratie e.V. Es ist an der Zeit, den Diskurs über das Landtagswahlrecht in Thüringen zu eröffnen, damit eventuelle Reformen noch vor der Landtagswahl greifen können.

Es hat Tradition, einmal im Jahr gemeinsam mit dem Mehr Demokratie-



Fachtagung

Mehr Demokratie beim Wählen

Donnerstag, 8. Juni 2017
Erfurt, Thüringer Landtag



Bündnis ein Thema intensiver zu diskutieren, diesmal also: das Wahlrecht. Präsentiert und diskutiert werden konkrete Vorschläge. Die Veranstaltung findet in der Zeit von 14 bis 19 Uhr im Landtag in Erfurt, Jürgen-Fuchs-Straße 1, Funktionsgebäude, Raum F 125/125a statt.

Das Programm

Nach der Begrüßung durch Ralf-Uwe Beck, Sprecher des Bündnisses „Mehr Demokratie in Thüringen“, gibt es einen Vortrag zum Thema „Die Krise der repräsentativen Demokratie. Wie weiter?“ von Prof. Dr. Herrmann Heußner, Osnabrück. Ralf-Uwe Beck wird sich im Anschluss näher mit dem Kumulieren und Panaschieren beschäftigen. Kumulieren heißt die Möglichkeit, einem Kandidaten mehrere Stimmen zu geben, panaschieren meint die Variante, seine Stimmen auf die Kandidaten mehrerer Parteien zu verteilen.

Weitere Referenten des Nachmittags sind: Dr. Björn Benken, Aktion Wahlforum. Sein Thema „Die weiße Stimme. Lieber Protest als gar nicht wählen?“ Und Prof. Dr. Silke Lasowski spricht zu „Frauen und Männer. Parité in den Parlamenten?“

Im Podium der Abschlussdiskussion unter dem bewährten Motto „Demokratie ist kein Sofa“: Susanne Hennig-Wellsow, MdL (DIE LINKE), Dorothea Marx, MdL (SPD), Dirk Adams, MdL (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), und Ralf Uwe Beck, Mehr Demokratie.

Dem seit 1998 bestehenden Mehr Demokratie-Bündnis in Thüringen gehören 21 Gewerkschaften, Vereine, Verbände und Parteien an, darunter LINKE, SPD und GRÜNE.

Bestehende und bewährte Sparkassen- und Förderstrukturen bleiben unverändert.



Mike Huster,
finanzpolitischer Sprecher
der Fraktion DIE LINKE.

Die Finanzpolitiker der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Thüringer Landtag verweisen auf die beabsichtigten Regelungen für die Sparkassen im Zusammenhang mit der Kreisgebietsreform.

Nach den Vorstellungen der Landesregierung, die im Referentenentwurf für das Gesetz zur Neugliederung der Landkreise und kreisfreien Städte formuliert sind, werden zukünftig in einem Landkreis auch mehrere Sparkassen möglich sein. Der vorliegende Referentenentwurf sieht ausdrücklich keinen Zwang zu einer Fusion von Sparkassen innerhalb der neu gebildeten Landkreise vor. Für zukünftig eingekreiste Städte werden in Bezug auf die Sparkassenträger-

schaft besitzstandswahrende Regeln vorgeschlagen. „Mit den vorliegenden Formulierungen zu den Sparkassen beweist die Landesregierung ein gutes Fingerspitzengefühl in diesem vor Ort oft heiß diskutierten Thema. Bestehende und bewährte Sparkassen- und Förderstrukturen bleiben unverändert erhalten“, betont Mike Huster, finanzpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE.

Der Finanzpolitiker der SPD-Fraktion, Dr. Werner Pidde, verwies darauf, dass sich Thüringen mit den beabsichtigten Regelungen für die Sparkassen am Bundesland Hessen orientiere: „Es gibt keinen zwingenden Grund dafür, dass es in einem Landkreis nur eine Sparkasse geben darf. Allerdings dürfen sich die Geschäfts-

gebiete der Sparkassen auch zukünftig nicht überschneiden, was ich ausdrücklich begrüße.“

„Mit dem Vorschlag straft die Landesregierung all diejenigen Lügen, die sich ändernde Sparkassenstrukturen als Argument gegen die Gebietsreform missbrauchen wollten. Das schafft die gebotene Klarheit“, begrüßte auch Olaf Müller, finanzpolitischer Sprecher von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, den Vorschlag, der mit der signalisierten Zustimmung der Finanzer aller drei Regierungsfractionen gute Chancen auf Realisierung hat.

Informiert

von MdL Steffen Dittes

Kennzeichnungspflicht bei Thüringer Polizei

Die Thüringer LINKE forderte schon lange die Einführung der Kennzeichnungspflicht für geschlossene Polizeieinsätze. Wir konnten auch SPD und GRÜNE von den Vorteilen einer solchen Kennzeichnung überzeugen. Dazu gehören mehr Transparenz im polizeilichen Handeln, Bürgernähe und öffentliche Kontrolle.

Pünktlich zur Halbzeit der rot-rot-grünen Regierungskoalition wurde das Vorhaben umgesetzt. Es bewährte sich erstmals bei den Einsätzen, die wegen des Aufmarsches von Neonazis und der bürgerschaftlichen Proteste dagegen am 1. Mai in Gera stattfanden. Eine Hundertschaft der Thüringer Bereitschaftspolizei war mit der der individualisierten Kennzeichnung ausgestattet. Mit der Länderkennung (TH) und fünf Ziffern wird sowohl dem Schutzbedürfnis der Beamten Rechnung getragen, als auch der rechtlich gebotenen individuellen Zuordnung von Handlungen. Erst in begründeten Fällen, etwa bei Vorliegen eines Verdachtes auf Straftaten oder Dienstvergehen, wird in Verfahren die ermittelte oder durch Zeugen angegebene Kennzeichnung unter Einhaltung der datenschutzrechtlichen Vorgaben bei der Landespolizei repersonalisiert.

Die Kennzeichnung fördert die Fehlerkultur innerhalb der Polizei und verhindert bei Fehlverhalten einzelner, nicht identifizierter Beamter, dass die Polizei in Gänze unter Generalverdacht gerät. Damit erfährt die Akzeptanz polizeilichen Handelns eine Stärkung und Rechtsverstöße können individuell überprüft und verfolgt werden.

Die Umsetzung zeigt: „Links wirkt“ auch in der praktischen Politik und es ist möglich, in einer rot-rot-grünen Koalition Akzente einer bürgerrechtsorientierten Sicherheitspolitik zu setzen.

Steffen Dittes ist innenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:
DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:
Annette Rudolph (V.i.S.d.P.)
Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2416
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszuweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.